

## Säuberungsaktion

## Erdogan mit Kurs auf Todesstrafe

# WIENER ZEITUNG .at

[Login](#) | [Registrieren](#)


18. Juli 2016 | 10:03:24 Uhr



Themen Channel

Meinungen

Dossiers

Fotos

Amtsblatt

Abo

Newsletter

ePaper

Welt

[Europa](#)

Österreich

Wien

Kultur

Wirtschaft

Sport

weiter

Beilagen

Anzeigen &amp; Service

**Sie sind hier:** [Nachrichten](#) | [Europa](#) | [Europastaaten](#) | [Erdogan mit Kurs auf...](#)

Wien Innere Stadt 18° / 27°



Der Einsatz der Todesstrafe dürfe nicht verzögert werden, sagte Erdogan in Reaktion auf entsprechende Zurufe aus der Menge. Es werde bald Beratungen mit der Opposition über die Wiedereinführung der umstrittenen Bestrafungsmethode geben.

© APAweb/AP, Emrah Gurel



Istanbul. Nach dem gescheiterten Putschversuch mit mehr als 290 Toten treibt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan seine Säuberungspolitik gegen internationale Kritik voran. Dabei zieht er auch eine Wiedereinführung der Todesstrafe in Erwägung, wie er am Sonntag vor Anhängern in Istanbul sagte. Erdogans Erzrivale, Fethullah Gülen, will sich indes einem US-Auslieferungsbeschluss beugen.



Der Einsatz der Todesstrafe dürfe nicht verzögert werden, sagte Erdogan in Reaktion auf entsprechende Zurufe aus der Menge. Es werde bald Beratungen mit der Opposition über die Wiedereinführung der umstrittenen

das gesamte...weiter

## Diese Bilder werden sich der türkischen Nation einbrennen

Die liberale, intellektuelle Türkei meldet sich erst langsam zu Wort.

Ihre Angehörigen stellen in den sozialen Netzwerken die Frage, wieso der Staat es zuließ, dass Islamisten junge Wehrpflichtige töteten...

[weiter](#)

4 | 1

## Erdogan will Staat von "Viren" und "Metastasen" säubern

Armee verkündet formelles Ende des Putschversuchs.

Türkischer Präsident geht mit aller Härte gegen mutmaßliche Putschisten vor.

Laut Justizminister Bozdag wurden insgesamt 6.000 Beschuldigte festgenommen - Weitere Säuberungsaktionen angekündigt.

Westen warnt vor "Rache und Repressionen".

[weiter](#)

2 | 1

## Kurz: Erdogan nach gescheitertem Putsch "Grenzen aufzeigen"

EU-Flüchtlingsdeal kein Grund zum Abweichen "von unseren Grundwerten" - Putschversuch kein Freibrief für Willkür.

[Ticker zu den Entwicklungen zur Nachlese](#)  
[weiter](#)

Bestrafungsmethode geben. Ministerpräsident Binali Yildirim deutete ebenfalls erneut an, dass die Todesstrafe in der Türkei wiedereingeführt werden könnte. Lautstarke Forderungen der Menge danach beantwortete er mit: "Wir haben eure Botschaft erhalten."

Die Todesstrafe war erst im Jahr 2004 abgeschafft worden, als Voraussetzung für den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen. Vollstreckt wurde die Todesstrafe schon seit dem Ende der Militärdiktatur im Jahr 1984 nicht mehr. Die Europäische Menschenrechtskonvention, deren Mitglied die Türkei ist, achtet die Todesstrafe. Die Mitgliedschaft in der Konvention gilt als Voraussetzung für einen EU-Beitritt.



Asselborn warnt Türkei vor Wiedereinführung der Todesstrafe

Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn hat die Türkei nach dem gescheiterten Putsch-Versuch davor gewarnt, sich von ihren westlichen Partnern abzuwenden. "Die Nabelschnur überall durchzuschneiden, das wird den Menschen in der Türkei nicht helfen", sagte der Diplomat im ZDF-Morgenmagazin am Montag. Sollte die Türkei die Todesstrafe wiedereinführen, dann würde sie die Beitrittsverhandlungen mit der EU selbst abwürgen. Asselborn forderte das Land und Präsident Recep Tayyip Erdogan auf, mit rechtsstaatlichen Mitteln auf den Putsch-Versuch zu reagieren. "Dieser Putsch-Versuch ist keine Kleinigkeit."

Die Mitgliedschaft der Türkei sowohl in der Nato, wie auch ihr Beitrittskandidaten-Status in der EU habe etwas zu tun mit Rechtsstaatlichkeit,

3 | 1



Stimme aus den Wäldern Pennsylvanias

Gülen lebt als Phantom im luxuriösen US-Exil - ein Lokalaugenschein. weiter



2

Die Türkei wird destabilisiert und stärker polarisiert

Wird das Nato-Land Türkei zur Diktatur, kann man mit bürgerkriegsähnlichen Unruhen rechnen. weiter

3

Mehr aus dem Ressort Athen widerspricht Ankara: Ausweisung von Soldaten noch nicht klar

Regierungsquellen: Juristen rechnen mit möglicherweise mehrwöchigem Verfahren. weiter

Login | Registrieren



Artikelsuche

18. Juli 2016 | 10:03:24 Uhr



Navigation menu with categories: Themen Channel, Meinungen, Dossiers, Fotos, Amtsblatt, Abo, Newsletter, ePaper, and regional links like Europa, Österreich, Wien, Kultur, Wirtschaft, Sport, etc.

Armee erklärt offiziell Ende des Putsches

Die türkische Armee verkündete unterdessen das offizielle Ende des Putschversuchs. "Die türkischen Streitkräfte stehen unserem Staat und unserem erhabenen Volk zur Verfügung und sind nun im Dienst", hieß es in einer am Sonntag von der Nachrichtenagentur DHA veröffentlichten und auf mehreren Fernsehsendern verlesenen Erklärung. "Die Verräter wurden neutralisiert noch bevor sie ihr Ziel erreichen konnten", hieß es weiter. Die NATO-Luftwaffenbasis Incirlik, die nach dem Putsch geschlossen worden war, öffnete am Sonntag wieder für Einsätze der US-geführten Anti-IS-Allianz.

Allerdings kam es noch am Sonntag vereinzelt zu Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Putschisten. Auf dem Istanbuler Flughafen Sabih Gökçen mussten die regierungstreuen Kräfte Warnschüsse abgeben, um die Putschisten entwaffnen zu können. Auf der Luftwaffenbasis im zentralanatolischen Konya sei es am Sonntag ebenfalls noch zu Zusammenstößen gekommen. Auch dort sei die Lage aber inzwischen unter Kontrolle.

6000 Festnahmen wegen Putschverdacht

Insgesamt wurden bis Sonntag 6.000 Personen unter Putschverdacht festgenommen, darunter auch ein Berater von Staatspräsident Erdogan, Oberst Ali Yizici, sowie ein Berater des Ex-Präsidenten Abdullah Gül. Am Sonntagabend meldete die amtlichen Nachrichtenagentur Andalou, dass nun auch jene Soldaten gefasst worden seien, die eigentlich Erdogan in seinem Hotel in der Küstenstadt Marmaris aus dem Verkehr ziehen sollten.

Erdogan kündigte ein gnadenloses Vorgehen gegen die Anhänger seines Erzfeindes Fethullah Gülen an, dessen Auslieferung er von den USA fordert. "In allen Behörden des Staates wird der Säuberungsprozess von diesen Viren fortgesetzt. Denn dieser Körper, meine Brüder, hat Metastasen produziert. Leider haben sie wie ein Krebsvirus den ganzen Staat befallen", sagte er. Gülen erklärte indes am Sonntagabend, sich einem US-Auslieferungsbeschluss beugen zu wollen. US-Außenminister John Kerry hat bereits zugesichert, ein Auslieferungsgesuch der Türkei prüfen zu wollen.

Erdogan will Todesstrafe wieder einführen

Diese Bilder werden sich der türkischen Nation einbrennen

Ex-RAF-Terroristen sollen 600.000 Euro erbeutet haben

Beliebte Inhalte

Meistgelesen

- 1. Diese Bilder werden sich der türkischen Nation einbrennen
2. Reichste Staaten nehmen nur neun Prozent aller Flüchtlinge
3. Erdogan mit Kurs auf Todesstrafe
4. Lynchjustiz der Sieger
5. Attentäter von Nizza hatte womöglich Helfer

Meistkommentiert

- 1. Erdogan nutzt Putschversuch zur Abrechnung
2. Staatstrauer um 84 Tote bei Anschlag
3. Druck auf Juncker steigt: "Er ist Teil des Problems"
4. Lynchjustiz der Sieger
5. Ticker zur Nachlese: Zahl der Toten auf 265 gestiegen

Werbung

Teile der Armee hatten am Freitagabend einen Putsch gegen Präsident Recep Tayyip Erdogan gestartet, der jedoch schon in der Nacht zusammenbrach. 290 Menschen wurden bei den nächtlichen Gefechten getötet. Wie es in einer aktualisierten Bilanz am Sonntag hieß, waren 190 Zivilisten und Polizisten sowie 100 Putschisten unter den Opfern. Über 1.400 Menschen seien verletzt worden.

International wuchs die Kritik am Vorgehen Erdogans gegen seine Gegner. Der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault sagte, es gebe keinen "Blankoscheck" für "Säuberungsaktionen". Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) kündigte an, beim EU-Außenministerrat am Montag in Brüssel darauf drängen zu wollen, "dass Europa Erdogan ganz klare Grenzen aufzeigt". "Denn der gescheiterte Putsch darf kein Freibrief für Willkür sein." In Deutschland sagte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann, Erdogan "missbraucht den gescheiterten Putsch als Vorwand, um den türkischen Staatsapparat von Gegnern der AKP zu säubern".

**Rechtsanwälte: Türkei ist ein autoritäres Regime** Die österreichischen Rechtsanwälte sehen nach den Festnahmen von tausenden Richtern und Staatsanwälten infolge des gescheiterten Militärputsches die "rote Linie" in der Türkei als "überschritten" an. Die Türkei sei ein autoritäres Regime, sagte der Präsident der Wiener Rechtsanwaltskammer, Michael Enzinger, der APA. Erdogan säubere die Justiz derzeit "so, wie das in anderen Diktaturen der Fall ist".

"Wenn zahllose Mitarbeiter der Justiz, Richter und Höchstrichter inhaftiert sind, dann hat sich das sicher nichts mit einem Militärputsch zu tun", sagte Enzinger. Die Rechtsanwälte hätten schon vor dem Putsch auf "Schauprozesse" in der

[Kettler Basic Plus ...](#)  
€88,90

[Kettler ...](#)  
€28,42

## Schlagwörter

Anschlag in Nizza **Brexit** China  
Demonstration Deutschland  
Donald Trump **EU**  
Europäische Union Extremismus  
Flüchtlinge Frankreich  
**Großbritannien**  
Int. Beziehungen Migration Nizza  
Österreich Putschversuch  
Recep Tayyip Erdogan

Todesstrafe "ein absolutes Beitritts Hindernis". "Kein Staat in der EU würde das akzeptieren", unterstrich Enzinger.

Angesprochen auf Folgen für den EU-Türkei-Flüchtlingsdeal meinte Enzinger, das Flüchtlingsthema habe mit den jetzigen Ereignissen "relativ wenig zu tun". Die Einschätzung von Kritikern, dass die Türkei eigentlich kein sicherer Drittstaat sei, in den Flüchtlinge zurückgeführt werden können, habe aber "sehr viel für sich".

Die Wiener Rechtsanwälte hatten Anfang Juni in einer Pressekonferenz auf die Zustände in der türkischen Justiz hingewiesen. Enzinger zog damals Parallelen zum Iran und erinnerte an die Nazizeit, als auch in Europa grauenhafte Dinge "unter dem Deckmantel des Rechts und der Verordnungen" stattgefunden hätten. Der Wiener Rechtsanwalt Clemens Lahner nahm daraufhin als Beobachter an einem der Schauprozesse gegen 22 Anwälte in Istanbul teil, denen Terrorunterstützung und Propaganda für die kurdische PKK angelastet wurden.